

Verbleiben infolge der Kriegslage eine offene Unmöglichkeit. Die Abreise kann nur als eine Etappe zur Abreise in den Ausland angesehen werden. Die Abreise wird durch die Besetzung der russischen Neutralität durch die russischen Streitkräfte und gegen politische Unterdrückung der russischen Neutralität, doch wünscht sie auch die russischen Streitkräfte nicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Entente-Mächten, und hofft, daß die Abreise aus Moskau in diesem Sinne ausgelegt wird. Sie wird sich nicht der Unterdrückung zu Kriegsoperationen hingeben, welche ihre fremden Beziehungen zu allen Völkern verlieren würden. Die Unterdrückung ihrer politischen Grundsätze, welche selbst nach der Abreise in Moskau aus Moskau der Unterhaltung von diplomatischen Beziehungen mit den Entente-Mächten durch in Moskau befindliche Konsulate nicht sein können.

Die deutsche Regierungspresse veröffentlicht Aufrufe, in denen die russische Revolutionäre in letzter Zeit verhindert haben, auch jene politischen Grundsätze zu erhalten, die bisher verteidigt wurden. Diese Aufrufe sind unterirdisch vollständig die Propaganda. Es sind aber ordentliche Gewissensbisse getroffen, nur müßte Ruhe eingebracht werden, damit die Hoffnungen der Feinde auf eine Hungersnot nicht erfüllt werden.

Am Sonntag fanden in Moskau in vielen Kirchen Zeremonien statt.

Jaroslau gerichtet.

Einholm, 26. Juli. Nach einer Oesterreicher Meldung wurde Jaroslau in der Schlacht bei Tannenberg getötet. Der Stab der Oesterreicher, alle Führer, eine große Anzahl Soldaten wurden gefangen genommen. Die Oesterreicher sind, wie gemeldet wird, bis jetzt 1000. Davon wurden 600 erschossen, darunter die Generale Berezin und von Ingenieur Wabinski, Kapitän Ossianoff, Oberst Tschajewski, etc.

Die Oesterreicher bringen in dem Abschnitt Schwarzes Meer - Kuban vor.

Moskau, 26. Juli. (S. T. V.) Jaroslau ist bei der Wiedereroberung durch die rote Garde in der Schlacht bei Tannenberg getötet worden. 300 Oesterreicher, darunter ehemalige Offiziere, sind standrechtlich erschossen worden.

Der U-Bootkrieg.

Berlin, 26. Juli. (Amstich.) Neue U-Bootsfolge Sperrgebiet um England: 18000 Gr.-Kgr.-T. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Verluste der englischen Kriegsflotte.

London, 27. Juli. (Amstich.) Der Hilfskreuzer Maryona (S. T. V.) ist am 23. Juli von einem deutschen U-Boot torpediert und gesunken. 10 Mann der Besatzung sind getötet.

London, 27. Juli. (Amstich.) Ein englischer Torpedobootzerstörer ist am 24. Juli gesunken und gesunken. 13 Mann der Besatzung sind getötet.

Am Ende des vierten Kriegsjahres.

In der Spitze seiner neuesten Nummer bringt das Monatsheft der Gewerkschaften Deutschlands einen Aufsatz, der sich mit den Ereignissen der vergangenen Kriegsjahre beschäftigt. Mit Bedauern wird die Tatsache erneut festgestellt, daß alle unsere Bemühungen um die Verwirklichung der Friedensdrängen bei unseren Gegnern leider auch bei den Völkern der Entente-Länder, noch immer kein Gegenwort gefunden hat. Abgesehen von einer Anzahl von Ausnahmen, die es auch bei uns gebe, seien die Völker der Entente-Länder von dem Empfinden getragen: Seltener ein, als die menschlichen Gemüter. Die Friedenssehnsucht ist uns gefangen. Aber nicht, um die Hoffnungen der Gegner zu erfüllen, die des neuen Glaubens sind, unser Land vorwärts im eigenen Lande die Geschäfte der Welt zu betreiben, die bereit sind, uns ihre militärische Macht zu lassen.

„Denn Ihr Arbeiter im Auslande glaubt, daß wir zu einem vortrefflichen Erfolg fähig wären, so irt Ihr Euch und Ihr müßt wieder auf die Hoffnung Euren Sieg aufbauen, nach der Friede mit Deutschland jemals geschlossen werden. Ihr werdet nicht triumphieren über ein Volk, das moralisch für einen gerechten Krieg ist, wenn es einer aus aller Welt zusammengeführten Soldateska die deutschen Lande, unser Heim und unsere Heimat zurückgeben würde.“

Das in Deutschland im Heim und rastlosen Streben ist nicht worden sei, das gehört auch der deutschen Arbeiterbewegung. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands die Stellung der Arbeiterbewegung ist verknüpft.

„Ihr könnt uns nicht mit Euren asiatischen, afrikanischen oder eine freie politische Entfaltung bringen. Die Aufgaben werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit.“

Aber in einem habt Ihr Arbeiter des Auslandes unsere Unterstützung. Sehen wir uns über alles Geschick derjenigen an, die aus dem Krieg ein Geschäft gemacht haben, die den Krieg wie ein Spiel betrachteten, sie alle, die bei und dabei die Gewinne treiben wie bei Würfeln, und befindet einen Friedenswillen, der nicht geschwunden darf an der Frage, wer die Kosten zu tragen hat für die kulturelle Untat. Denn was vernichtet ist an materiellen und materiellen Gütern, kann kein Volk dem anderen ersetzen. Dann werdet Ihr unsere Unterstützung haben, und die gesamte Arbeiterbewegung aller Staaten könnte aufstehen in dem Empfinden, daß der Weg frei ist für die Sache des Friedens. Das ist nicht um territoriale Rückgewinnung darf der Kampf ausgelegt werden. Wenn die großen Kulturstaaten Europas, die die Führer in diesem Kampfe sind, während 44 Jahre die Interessen ihrer Staatsabgrenzung leben konnten, sich wirtschaftlich und kulturell entwickelten, dann ist es der helle Wahnsinn, um eines vermeintlich mit Recht zu beanspruchenden Landes willen Millionen von Menschen zu opfern und Länder zu zerstören, die auf viele Jahre ihres Wohlstandes beraubt sind. Und was oft haben wir wiederholt dieses Friedensprogramm verkündet, aber bis heute vermieden wir die Zustimmung, auf die wir hoffen.“

Und am Schluß des bemerkenswerten Artikels wird die Schwelle des fünften Kriegsjahres das Gelübde ausgesprochen, „Ihr und unerschütterlich diesen Weg weiter zu verfolgen, bis eines Tages der ruhige Ueberlegung und vernünftigen Erwägungen zur Umkehr leiten und das Ende des vierten Kriegsjahres herbeigeführt wird.“

Deutsches Reich.

Der Kampf um das einheitliche deutsche Steuergebiet.

Das Deutsche Reich ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Es sollte es wenigstens sein. Aber dieses Prinzip, das die eigentliche Grundlage des neuen Deutschlands ist, ist leider auf

einem wichtigen Gebiete durchbrochen, dessen Bedeutung täglich steigt. Das Deutsche Reich ist kein einheitliches Steuergebiet.

Die direkten Steuern sind bis heute im wesentlichen Sache der Bundesstaaten, deren Steuerwesen in der Veranlagung, in den Steuerarten und der Kontrolle der Einkommen- und Vermögensverhältnisse erheblich abweichen. Das möchte solange angehen, als die finanzielle Belastung gering war. Es ist ganz untragbar, sobald die Steuern zu einem der wichtigsten Reaktionsfaktoren werden. Die bestehende unübersichtliche Vielfalt der Steuerarten verändert die Produktionsbedingungen in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches zu einschneidend und wirksam, daß von einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet nur unter Vorbehalt gesprochen werden kann.

Verschärfte wird dieser bedauerliche Zustand dadurch, daß sich auf den so unterschiedlichen Bundesstaatlichen Steuerwesen die Steuererhebung des Reiches aufbaut. Der württembergische Finanzminister von Scharin hat in der Zweiten Kammer erklärt, daß die Kriegsteuern neun Milliarden Mark statt etwas über fünf Milliarden ergeben hätte, wenn sie im ganzen Reich nach dem württembergischen Verfahren erhoben worden wäre. Als anschaulichen Einzelfall führte er an, daß die Daimler-Werke 31 Millionen Mark Steuern zahlen müßten, die größte industrielle Aktiengesellschaft Deutschlands, der Riesenbetrieb von Krupp-Oeffen, aber nur 34 Millionen Mark.

Am profichsten wäre es, die ganze direkte Steuererhebung als Reichssteuer zu erklären und so einheitlich zu regeln. Das Reich würde selbstverständlich einen erheblichen Vertragsbruch den Bundesstaaten einräumen, die, was man über die Zweckmäßigkeit ihrer geschäftlichen Grenzen und Wiedereingriff nach so schärfen denken unter den abwechselnden Umständen wichtige Aufgaben erfüllen. Wenn aber die Bundesstaaten auf ihrem Rechte beharren und die direkten Steuern als ihre Domäne betrachten, so müssen sie eben selbst die Vereinheitlichung ihrer Steuerwesen durchführen.

In dieser unangenehmen Sachlage stehen sich aber die Bundesstaatliche Finanzminister auch da gegen. Besonders aufseher ist in Dresden protestiert worden. Die Herrschaften fürchten, daß, sobald erst einmal eine einheitliche Grundlage vorhanden ist, direkte Reichssteuern nicht aufzuheben sind. So werden die Bundesstaatlichen Finanzminister bewußte Kandidaten der Auflösung und der Auflösung des Deutschen Reiches in jeher geschiedene Steuer- und Wirtschaftsgebiete.

Der bayerische Finanzminister über Steuerfragen.

München, 26. Juli. Bei Beratung des Gehelntwurfs betr. die Reform der direkten Steuern in der Reichsratskammer, kam auf Veranlassung des Reichsrats Prfr. v. Brantenstein Finanzminister v. Wiedemann auch auf die Eingriffe des Reiches in die Steuerhoheit der Bundesstaaten zu sprechen und erklärte u. a.: In einem müssen die Bundesstaaten fest bleiben, daß in das Gebiet der direkten Steuern nicht eingegriffen werden darf, daß veräußert werden müßte, an dieses Gebiet heranzuziehen. Ein solches Heranziehen muß sich in dem Antrag Gröber erledigen, namentlich insofern, als es eine Einkommensteuer eingeführt sehen wollte, wenigstens für die höheren Einkommensgrade. Mit allem Nachdruck bin ich in Verbindung mit den Finanzministern der anderen Bundesstaaten, namentlich mit dem preussischen Finanzminister, gegenüber einem solchen Vorhaben eingetretten. Es ist uns gelungen, diesen Teil des Antwoorts wieder zu Fall zu bringen. Denn würden einmal die großen Einkommen besteuert, dann würden die kleinen Einkommen ebenfalls folgen. Das Reich würde den Rahmen abschöpfen und uns das übrige lassen. Wenn die größeren Einkommen vom Reich besteuert würden, dann wäre es unabweisbar, daß auch die einheitliche Steuererhebung auf diesem Gebiete im Deutschen Reich eingeführt würde, und wenn diese einmal da ist, dann bedarf es nur eines Gesetzeswortes, um schließlich auch die Einkommensteuer für das ganze Reich zu machen. Welche Folgen das aber für die einzelstaatlichen Haushalte hätte, habe ich wiederholt dargelegt. Es würde den Einzelstaaten dadurch nicht nur die Möglichkeit, Kulturaufgaben zu erfüllen, abgeschnitten, es würde auch die selbständige Verwaltungstätigkeit erlöschen. Nach weiterer Debatte stimmte die Kammer der Reichsrats dem Gehelntwurf über die Abrechnung der von der Kammer der Abgeordneten in dem neuen Vermögenssteuererhebung aufgenommenen Zugabesteuerung zu.

Ausland.

Großbritannien.

Ernennung von der Arbeiterpartei.

Der englische Arbeiterminister John Hobart, der beim letzten Arbeiterkongress in London gegen die Kandidatur des Sozialisten aufgetreten war, hat sich nun völlig von der Arbeiterpartei losgelöst.

Rumänien.

Bukarest, 26. Juli. Die Gesandtschaft über die Naturalisierung der Juden wurde gestern im Senat mit 62 gegen 3 Stimmen angenommen. Der Minister des Äußeren Kriemler hat die Begründung der Vorlage, daß bei Revision des Artikels 7 der Verfassung die Judenfrage fester ihre endgültige Lösung finden werde. Ferner sagte er, daß die Gleichberechtigung der Juden Rumänien nicht von den Mächten aufgetragen wurde, sondern daß die rumänische Regierung dem Verlangen des Verbundes entgegengekommen wäre.

Finnland.

Eine Falschmeldung.

H. T. V. erklärt zu dem auch von uns gestern gedruckten Bericht über die angebliche monarchistische Abstimmung in der finnischen Kammer:

Die Morgennummer der West. Ztg. vom 26. Juli bringt unter der Überschrift Die Königskrone Finnlands einen angeblich aus der russischen Zeitung Nowoje Gasetta kommenden Artikel über die Sitzung des finnischen Landtags vom 18. Juli. Die finnische Gesandtschaft erklärt hierzu, daß die Schilderung der russischen Zeitung von Anfang bis zu Ende eine vollkommen phantastische Erfindung ist und nicht ein einziges der Wahrheit entsprechende Wort enthält.

Nach einer anderen Mitteilung tritt der finnische Landtag am 3. August zusammen, dann wird wahrscheinlich die Regierungsfrage entschieden werden. Der neue Landtag für 1918 tritt am 3. Oktober zusammen.

Parteiangelegenheiten.

Wangelt'sche Werksatz der Unabhängigen.

Ueber diese Thema macht der Organisationsleiter der Partei einen westdeutschen Großstadt im Vorwärts die folgenden lehrreichen Ausführungen:

„Dies ist wenig wird die Aufgabe bevorzugen: die U. S. V. ist auf die breiten Massen, die erst für die Politik gewonnen und erzogen werden müssen. Keine Anziehungskraft aus. Sie geht bis heute den Verbänden, die ihr durch die Spaltung der Partei zugefallen sind. Es sind ihr infolge des Parteistretes wohl schmerzhaften Mitglieder als Stamm zur Parteigründung in die Mitgliederlisten; sie hat aber weder verstanden, diese angeblich so tief überzeugten Anhänger zu halten, noch den Schwund durch die Wegnahme bisher Inoffizienter zu ergänzen. Wie wenig sich die Parteimitglieder der U. S. V. auf diesem Gebiete zutrauen, geht daraus hervor, daß sie in den Vertrieben, wo sich die Anziehungskraft hauptsächlich abspielt, beinahe ihre ganze Arbeit auf die Ab-

trännungsmachung von „Regierungssozialisten“ einleiten. Insbesondere macht die U. S. V. auf die Funktionäre der alten Partei Jagd, um durch deren Gewinnung unseren Organisationsapparat zu füllen oder ganz leeren zu lassen. Würden die Mitglieder der U. S. V. nennenswerten Vertrauen in die Werksatz ihrer Sache setzen, so würden sie aus der Masse der politisch noch weniger geschulten Arbeiter Mitglieder zu werden versuchen, aber für ihre Anhaltensarbeit scheinen nur die Organisationsleiter unserer Partei vorhanden zu sein.

Wie absehend der bestehende Kampf der U. S. V. wirkt, beweist der händige Niedergang ihrer Presse. Wo hat die U. S. V. auch nur ein Blatt, das sich mit dem neuen Aufstieg unserer Parteiblätter in Breslau, Königsberg, Köln, Berlin und an anderen Orten messen könnte. Das unabhängige Blatt in Gollnau, der Hochzug der U. S. V. im Westen, hat nur noch 7000 Leser. Dieser in ganz Rheinland und Westfalen. Vor dem Kriege hatte es allein im Solinger Kreisgebiet die mehrfache Bezahlgeld. Die Kämpfer gegen Scheidemann in Solingen haben dem Blatte wieder eine Anzahl Bezahler gelistet.

Alles in allem: die Methoden der U. S. V. zielen im allgemeinen nur tief verbitterte, fanatisch überreizte Menschen an. Das man mit diesem Material keine nützlichen, aufbauende Organisationsarbeit leisten kann, werden bald genug gerade diejenigen erfahren, die sich aus vermeintlich tief verletzten sozialistischen Idealen der U. S. V. zugewendet haben.

Aus aller Welt.

Brotmarkenschwindel.

Königsberg, 26. Juli. Dem Oberstleutnant Rucier zufolge wurde gestern abend der Besitzer des Wundmayer Angelegers, Klimach, wegen umfangreicher Brotmarkenschwindel und Fälschungen verhaftet. Klimach hatte sich aus einer kationischen Druckerei Künigsberg verschafft, womit er in seiner Druckerei Brotmarken für die polnischen Kreise Wensin und Gollnau herstellte. 60 Prozent der in diesen Kreisen den Bäckern abgegebenen Brotmarken waren gefälscht. Die Druckerei wurde geschlossen und das Erschließen der Zeitung eingestell.

Wegen Landesberrats verurteilt.

Berlin, 26. Juli. Durch Urteil des Kriegesgerichts in Hamburg ist der Schweizer Erwin Riffmann wegen Landesberrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hat mehrere Spionageverbrechen mit militärischen Nachrichten an eine Schweizer Abreise gerichtet, die für den feindlichen Nachrichtendienst bestimmt waren. Die Nachrichten wurden von den zuständigen Stellen aufgefangen.

Die Verkäuferin Karoline Koch aus Marburg wurde zu 4 Jahren Zuchthaus wegen verbotenen Landesberrats verurteilt. Sie war in Zürich durch feindliche Agenten verlockt worden, militärische Nachrichten aus Deutschland an Deutsches in der Schweiz zu schicken. Ihre Verurteilung aus Hannover wurde aber von den zuständigen Stellen aufgefangen.

Wegen Falschmeldungen, Landesberrats und Verstoß militärischer Geheimnisse wurde der Kanonier Karl Buchert durch rechtskräftiges Urteil des Oberkriegsgerichts in Würzburg zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, Entfernung aus dem Heere, Aberkennung der bürgerlichen Rechte auf die Dauer von zehn Jahren verurteilt. Buchert war nach Holland geflüchtet und hatte dem feindlichen Nachrichtendienst gegen Bezahlung Mitteilungen über Frontverhältnisse und andere geheime militärische Angelegenheiten gemacht.

Die Cholera.

Stockholm, 26. Juli. (Meldung von Svenska Telegramm-Bureau.) Die Cholera scheint jetzt endgültig besiegt zu sein, nachdem sie hier Opfer gefordert hat.

Kopenhagen, 26. Juli. Nationalständer meldet aus Neapel: Die Dampfschiffahrtsgesellschaft Eden hat beschlossen, trotz der Choleraepidemie die Schifffahrt nach Venedig wieder aufzunehmen. Die Schiffe werden von der Dampfer begleitet. Alle Kapitäne erhielten strenges Verbot, in Venedig keine Lebensmittel zu kaufen und Wasser aus der Frena nicht zu verwenden.

„Die Apachen kommen.“

Wie der amerikanische Pressebericht aus Neapel meldet, verwendet die amerikanische Armee in Frankreich außer den Regiments eine Abteilung von roten Indianern vom Stamme der Apachen als Aufklärer. Sie wurden aus einer Gefangenschaft in Staat Arizona rekrutiert.

Der amtliche österreichische Kriegsbericht.

Wtd. Wien, 26. Juli. Amtlich wird verlautbart: **Italienischer Kriegsschauplatz.** Bei Kanade in den Eiden Gemeinden schickte ein feindlicher Botsch. Es sei keine besondere Ereignisse.

Albanien. Zwischen Ael und dem Meer sind wir an mehreren Stellen bis an den Eremi gelangt. Unter Sordringen läßt heftige Gegenstände des Heeres aus.

Dresdner Volksbericht.

Zigarettenablieferung. Aus zwei mittags geschlossenen Zigarettenfabriken der inneren Stadt und zwei Zigarettenfabriken der Striepen Vorstadt wurden folgende Marken gelassen: 9000 „B. Z.“ je 3000 „Kunststoff“, „Niviera“, „Egypth“, „Goldkrone“ und „Keramik“, die sämtlich in Kartons mit der Aufschrift an „B. Reumann“ verpackt waren. Ferner die Marken „Lappos“ und „Graf Bernsdorf“ (Zigaretten), sowie 7800 unbanderolierte Zigaretten „Molter Ritter“ in der Packung.

Eindrücke während der Mittagszeit. In letzter Zeit sind nächtliche Eindrücke unterblieben, dagegen arbeitet neuerdings in Dresden ein Einbrecher zur Mittagszeit. Er bringt mit Werkzeugen während der Mittagsstunden in Zigarettenfabriken und sonstige Geschäfte ein und beraubt die Ladenkasse. Die Geschäfte werden von der Kriminalpolizei aufgesucht, in ihren mittags geschlossenen Läden während der Geschäftsruhe untermietet Kaufleute zu halten.

Anfall. Am 22. Juli abends verfuhr ein 10jähriger Handlungsgeselle in der Marienstraße vom Hofe aus durch Hochklettern am Witzschkeiter in seine im 3. Stockwerk gelegene Wohnung zu gelangen. Er führte kurz vor Erreichung seines Zieles ab und zog sich eine schwere Verletzung zu.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte für den 28. Juli:
Zeitweise trüb; keine wesentliche Temperaturänderung; Gewitterbildung.

Z. G. Sitzung
Mittwoch den 31. Juli
abends 7 Uhr
Wettinerplatz.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Stadtgemeinderat als Arbeitgeber.

Interessante Streiflichter auf die Anstellungs- und Beschäftigungsverhältnisse der bei den Gemeindebehörden beschäftigten jungen Leute warf ein Prozeß vor dem Dresdner Verwaltungsgericht. Der Expedient Ch. hatte die Stadtgemeinde in der Vergiehung über die Zahlung von Gehalt für den 1899 geborenen Kläger vor vom 1. Januar bis September 1917 als Expedient bei der Stadtgemeindeverwaltung gegen Tage und Jahre 1100 Mark (11) Jahre Gehalt und 120 Mark Feuerungszulage beschuldigt. Dann wurde der junge Mann zum Weeresdienst einberufen. Da er sich als berufsunfähiger Gemeindebeamter erließ, forderte er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen eine Entschädigung von Gehalt bis Ende 1918, also für 14 Jahre 1375 Mark. Die Stadtgemeinde hat den Anspruch abgelehnt; sie machte neben dem formalen Einmunde der Unabhängigkeit des Verwaltungsgerichts hauptsächlich geltend, daß der Kläger nicht Gemeindebeamter, sondern nur Weeresdiener gewesen sei, was auch aus dem Anstellungsschreiben hervorginge. Bei der Anstellung — so wird ausgeführt — sei vierteljährliche Kündigung angedeutet worden, auch sei dem Kläger eröffnet worden, daß die Stelle nicht pensionsberechtigt sei. Nach dem Urteile gehöre wohl der Klägers Gehalt und Gegenbuchführung zu den pensionsberechtigten Gemeindebeamten, allein der Kläger sei bloß Expedient gewesen, weil (1) der Stadtgemeinderat während des Krieges niemandem wollte, noch in der Ausbildung befindliche junge Leute in Beamtenstellungen einzuführen, denen bei ihrer Einberufung Gehalt fortzuzahlen ist. Den jungen Leuten, die sich um solche Stellen bei den Gemeindebehörden bewerben, läge es auch mehr an einem nach außen hin angelegenen Titel als an einer entsprechenden Bezahlung. (12) Der Vater des jetzt im Felde befindlichen Klägers widersprach entschieden dieser mindestens rechtsermesslichen Auffassung des Stadtgemeinderats. Sein Sohn habe nicht bloß den Titel eines Weeresdieneren gehabt, sondern auch die Arbeit eines solchen leisten müssen. Wenn der Vater nur eine bloße Dekoration habe sein sollen, dann würde sein Sohn die Stelle überhaupt nicht angenommen haben. Die Gemeinde wäre auch verpflichtet gewesen, dem Kläger, wenn sie ihn nicht als dauernd anstellen wollte, dies zu eröffnen. Das sei aber nicht geschehen. Jedenfalls sei die Stadtgemeinde für diese Unterlassung haftbar.

Im Laufe der Verhandlung wurde noch festgestellt, daß der Kläger bei seinem Eintritt verpflichtet und eingeweiht worden ist, was für das Bestehen eines Beamtenverhältnisses spricht, ganz abgesehen davon, daß der Vorgänger ebenfalls pensionsberechtigt gewesen ist. Der Bürgermeister blieb in diesem Punkte, daß der Kläger nur als Hilfsarbeiter mit dem Titel Weeresdiener für die Kriegszeit angenommen worden sei. Er meinte auch, die Berufung auf den Vorgänger schlage überhaupt nicht ein, weil mit der Anstellung des Klägers eine Neuregelung der Beamtenstellen in Vergiehung erfolgt wäre. In Frage käme beim Kläger nur ein einfaches Dienstverhältnis infolge freier Vereinbarung. Für ihre Auffassung vermerkte die Stadtgemeinde auch, daß der Kläger, obgleich er die Beamtenliste besucht hat, angeblich nur eine geringe Bezahlung besaß und nach der Anstellung bedürftig habe.

Der Bürgermeister mußte vom Verwaltungsgericht hingenommen werden, wonach bereits in gleichartigen Fällen die streitige Frage zugunsten der beteiligten Gemeinden gelöst worden ist. Insbesondere ist dabei ausgesprochen worden, daß es auf die Frage, ob der Betreffende höhere oder niedere Dienste geleistet hat, gar nicht ankommt, ein Beamtenverhältnis vielmehr dann vorliegt, wenn eine Einweisung und Verpflichtung erfolgt ist. Nach dieser Rechtsauffassung soll der Bürgermeister wohl ein, daß der Prozeß für die Stadtgemeinde faul sei, weshalb er sich bereit erklärte, dem Kläger vergleichsweise — 375 Mark anzubieten, um auf diese Weise für seine Stadtgemeinde wenigstens 1000 Mark zu retten. Der Vater des Klägers ging begreiflicherweise auf diesen mageren Verdienst nicht ein, so daß das Gericht in den nächsten Tagen die Entscheidung fällen wird, über deren Ausfall natürlich kein Zweifel bestehen kann.

Mit der „Büßigkeit“ des Stadtgemeinderats, der sich durch Verleihung eines froghwürdigen Titels eine billige Weisheit verschaffen zu können glaubte, ist es also diesmal nicht gelungen.

Über das Explosionsunglück in Plauen.

Während in der letzten Sitzung der Stadtkommission der Oberbürgermeister von Plauen i. B. nähere Mitteilungen. Er bezeugte zunächst, daß es nicht möglich war, gleich in der ersten Zeit eingehende Berichte über das Unglück, seine Entstehung und seinen Umfang in den Zeitungen zur Veröffentlichung zu bringen. Wäre dies möglich gewesen, so hätte man die Aufmerksamkeit und manches fieberhafte Gerücht vermieden werden können. Entgegen diesen Gerüchten ist schon heute mitgeteilt, daß die Zahl der Todesopfer des Unglücks, so groß und bedauerlich sie auch ist, doch nicht so hoch ist, als gerüchelt wurde. Sofort getötet wurden 163 Personen, 177 Personen wurden mit mehr oder weniger schweren Verletzungen ins Krankenhaus übergeführt worden. Von den Schwerverletzten sind noch 129 verblieben, so daß die Gesamtzahl der um das Leben gekommenen 292 beträgt.

Ein Kindesleichen in der Gepäckabgabe.

Leipzig, 26. Juli. Gelegentlich einer Revision der bei der Gepäckaufbewahrung des Leipziger Hauptbahnhofes verpackten Gegenstände machte sich ein Karton durch einen heftigen Bewegungsgang bemerkbar. Er enthielt, wie festgestellt wurde, den Leichen eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts. Der Karton lagert schon seit dem 6. Juni 1918 und ist an diesem Tage in der Zeit zwischen 6 und 12 Uhr zum Aufbruch zur Aufbewahrung abgegeben worden. Die kleine Leiche war zunächst in einen Pappkasten bündelartig eingewickelt und in einem Pappkasten von gleicher Größe verpackt, der wiederum in einem Pappkasten von gleicher Größe verpackt und mit hartem Papierbindfaden verschlüsselt war.

Keine Redaktionen aus dem Lande. Dem Generrat in Weismannung es mit Hilfe des Wundarztes, einen 37-jährigen P. werden aus dem Lande zu verhaften, der in Leipzig eine große Zahl von Leuten verhaftet und auf seine Verfolger geschossen ist. Er wurde in der Nacht vorher in der Schützengasse von acht 2. Co. in Leipzig tödlich und Verletzte von 2000 Mark mittels Eisen geschossen und diese waren sofort in der Umgebung durch Soldaten verhaftet. Man fand bei ihm noch acht Post Schabe und 800 Mark bares Geld.

Stadt-Chronik.

Einheitliche Aktion.

Wir Menschen bedürfen zur Sicherung unserer Existenz der wirtschaftlichen und politischen Organisation. Der einzelne und seine Familie allein sind nicht mächtig genug, denn die Existenz hängt nicht an der unaufhörlichen Arbeit oder einzelnen oder seiner Familie. Die Kapitalisten haben mit ihren Geldern und Kapitalen sich wirtschaftliche Organisationen geschaffen, die in hohem Maße zu ihren Gunsten wirken, und durch den Staat lassen sie sich noch besonderen Schutz angedeihen. Die Arbeiter müssen sich ebenfalls sowohl durch wirtschaftliche Organisationen als durch den Staat zu helfen suchen. Als Lohnempfänger wie als Käufer oder Käufer (Wähler) müssen sie sich organisieren, und im Staate sich politische Macht verschaffen. Gewerkschaften, Genossenschaften und politische Partei sind alle in gleicher Weise erforderlich, um die Existenz der Arbeiterfamilie zu sichern. Keine dieser Organisationen ist entbehrlich, jede gleich

Bist du Parteimitglied?

Im Frieden war das unter den Arbeitern eine oft gelöste Frage. Denn wenn der politische Kampf um Freiheit und Volksgerechtigkeit mit wachsendem Erfolg geführt werden soll, dann gilt es, die Partei zu stärken, ihr immer neue Mitglieder zuzuführen. Auf die Überzeugung allein kommt es im politischen Leben nicht an, man muß die Tatkraft haben, sie zu werden, sich mit feindseligen Zusammenschließungen und mit dem andern an der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele anzusetzen.

Das ist um so nötiger, wo es gilt, durch eine stark, einflussreiche Organisation die unzulänglichen und immer erneut einfallenden Bestrebungen der Sozialdemokratie

für einen baldigen Frieden der Verständigung zu führen und zu fördern.

Waffenhafter Einsatz in die Sozialdemokratische Partei ist die deutliche Antwort auf das kriegsheterische Treiben der Abenteurer und Vaterlandsparteier.

Staat, die gesamte menschliche Bevölkerung umfassende Organisationen sind nötig, um dem Leben und Tugenden der Arbeiterklasse den rücksichtslosen Lebenskampf zu sichern und gegen die Ketzereien der nachgehenden Parteien die Partei zu stärken.

Welche derartige Haltung nimmt das sozialistische Arbeiter- und Arbeiterpartei zum kriegsheterischen Treiben der Abenteurer und Vaterlandsparteier? Würden sich diese solennischen Verbredler noch gebärden, so würde ihnen nicht die Partei und soziale Arbeit der sozialdemokratischen Arbeiterklasse stehen auf dem Wege?

Wer ist es, der die kriegsheterischen im Ernährungsweisen durchsetzt in den Parlamenten aus Sicht der Öffentlichkeit steht? Es ist

die Sozialdemokratie!

Das ist es, auch an unsere Arbeiter und Arbeiterinnen, auf denen die Partei doppelt schwer liegt, die Frage zu richten: Bist du Parteimitglied?

Unendlich viel steht für das menschliche Volk unmittelbar nach dem Krieg auf dem Spiel. Bei den nächsten Wahlen werden die Kriegsheteriker sicher gern und tief in ihre Taschen greifen, um dem Ansehen der breiten Massen auf ihren Völkern zu demuten. Wollen die Arbeiter für diese Völkern stehen, dann müssen sie schon jetzt die durch den Krieg geschädigte politische Gleichgültigkeit und Mühsamkeit überwinden. Nur wer die Partei durch seine Tätigkeit und Mühsamkeit unterstützt, trägt dazu bei, daß unheilvolle Zustände beseitigt werden können, und daß das allgemeine Volk nach dem Krieg vor dem Schlimmen bewahrt wird.

Schon macht sich ein Gefühl unter Organisationen im ganzen Reich, auch in einzelnen Kreisen des Dresdner Bezirks, bemerkbar. Die Arbeit in der Parteibewegung gilt als überaus wichtig. Viele unserer früheren Mitarbeiter, die sich unter dem Druck der unheilvollen Ketzereien vertrieben hatten, stellen sich in dummer Bekehrung wiederher, bezeugen ihnen neuen Mut zu helfen.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die den Parteien großen, müssen sich die Probe verlegen:

Hast du alles getan, um eine Verbesserung herbeizuführen?

So die Antwort verneinend lautet, muß die Tat folgen.

Hinein in den Sozialdemokratischen Verein!

Hätten wir nicht die erforderliche Kraft und Macht, um das entscheidende Kriegsglück abzuwenden, so wären wir doch fast genug werden, um unser armes Volk aus der Not emporzureißen, die der Krieg hinterlassen wird.

Die Anmeldung für die Partei kann dort, wo die Adressen unserer Vertrauensleute nicht bekannt sind, schriftlich unter genauer Angabe der Wohnung in den Kreisverzeichnissen, Postfach 221, Dresdener Straße 10, Freiberger, Adressstraße 2, oder im Bezirksverzeichnisse, Dresden, A. Wilmersberg 16, 1, erfolgen. Von dieser Stelle werden die Anmeldungen an die betreffenden Kreise weiterbefördert und die unangehende Zustellung der Mitgliedsbücher veranlaßt.

Die Frage der Entlassung des Jahrgangs 1870.

Das Reich wird von amtlicher Stelle gemeldet: Die Entlassung auch nur eines Teils des Jahrgangs 1870 wird aus militärischen Gründen in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Entlassung des Jahrgangs 1870 mit seinen wenigen Monaten „so gut wie gar keine Entlassung gewesen ist“, widerspricht den Tatsachen.

Um unberechtigte Dienstleistungen zu verhindern.

Die bayerische Kammer hat in einem einstimmig angenommenen Antrag die Regierung ersucht, bis zu einer allgemeinen Regelung durch das Reich, die von der bayerischen Regierung beim Bundesrat aufzufordern sei, sich mit den drei bayerischen Generalkommandos ins Benehmen zu setzen, um unberechtigte Dienstleistungen zu verhindern.

Gründet. Das Reich auf dem Gebiete fähiger Hausfrauen zur Linderung des Regenwunders ist das sogenannte „Gründet“. In Leipzig soll man damit die ersten Versuche gemacht haben. Das Regebt lautet: Man nehme Erdbeeren, koch es, treibe es durch den Wolf und lege entsprechend viel zu. Das Ganze wird abgedampft und — das „gut“ können. Woher bei dem allgemeinen Mangel der entsprechenden Weisheit zu dem „Gründet“ genommen werden soll, bleibt allerdings ein Rätsel.

Das 2. Heftig Stück kommt. Infolge der Schwierigkeiten, die sich naturgemäß aus dem Rechnen mit halben Pfennigen ergeben müssen, ist die Prägung eines 2. Heftig Stückes aus noch zu bestimmenem Metall in Aussicht genommen. Mit der baldigen Einführung der neuen Münze ist zu rechnen.

Beschlagnahme der Vorhänge.

Um dem Mangel an Weibwäsche abzuwehren, hat die Reichsbekleidungsstelle beschlossen, durch eine heute Sonnabend erscheinende und sofort in Kraft tretende Bekanntmachung sämtliche Vorhänge (Sonnenvorhänge, Gardinen, Stores), Koulons und gleichen Zwecken dienende ähnliche Vorhänge, die zum Schutz, zur Verschönerung, zur Ausschmückung oder sonstige Zwecke an Wänden, Türen, Fenstern, Schränken, Schaufelstern, Regalen sowie sonstigen Gehäusen, Aufsätzen und Vorrichtungen bestimmt sind) zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme erstreckt sich aber nicht auf Privathäuser und Dienstwohnungen, sondern auf öffentliche Gebäude, Fabriken, Kontore usw. Als Ersatz für die weggenommenen Vorhänge sollen Vorhänge aus Papiergarne gegeben werden. Ein Zwang zur Annahme dieser Ersatzvorhänge besteht nicht. Der Eigentümer kann an Stelle des Ersatzvorhanges, den er unter Verwendung der vorhandenen Annahmeverrichtungen ohne jede Zuzahlung aufgemacht erhält, Geldentschädigung verlangen. Bei der Geldentschädigung kann natürlich nicht der augenblickliche Preis in Frage kommen, den Vorhänge aus Baumwollstoff und dergleichen im Handel haben würden. Dem Eigentümer werden bei der behördlichen Beschäftigung seiner Vorhänge durch die Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle der Ersatzvorhänge vorgelegt. Er muß sich sofort entscheiden, ob er die Geldentschädigung oder Ersatzvorhänge haben will. Reht er beides ab, so findet die Enteignung statt.

Durch die Gründung einer Faserstoff-Vertriebs-Gesellschaft in d. H. auf gemeinnütziger Grundlage ist dafür gesorgt, daß in kurzer Zeit die erforderlichen Faserstoffgarne zur Verfügung stehen. Diese Gesellschaft ist verpflichtet, im Handel oder in der Industrie bereits vorhandene Gewebe, die an Güte und Preis den verträglichsten von ihr zu beschaffenden Geweben gleich stehen, zu übernehmen. Soweit der Gewinn der Gesellschaft die Verzinsung von 5 Prozent übersteigt, verfährt darüber das Reich.

Alte Ware muß zu alten Preisen verkauft werden.

Der unsolid Handel hält es für selbstverständlich, für alte, vor dem Krieg oder zu einer Zeit hergestellte Ware, wo die Zutaten noch billig zu haben waren, dieselben hohen Preise zu verlangen, wie für die neue sogenannte Kriegsware, deren Erzeugungskosten höhere gewesen sind. Dieser Auffassung sind die Gerichte, in letzter Instanz auch das Reichsgericht, entschieden entgegengetreten und haben in solchen Fällen empfindliche Strafen wegen Vergehens gegen die Preissteigerungsbestimmungen ausgesprochen. Gewöhnlich suchen sich die Angeklagten damit zu entschuldigen, daß sie den Durchschnittspreis kalkuliert hätten; das Reichsgericht lehnt keineswegs die Zulässigkeit eines solchen Verfahrens unter allen Umständen ab. In den zur Aburteilung gelangenden Fällen handelt es sich aber in der Regel nicht um ein solches, sondern einfach um Kuffleben der Etiketten mit den höheren Preisen der Kriegsware auf die Friedensware.

Diebstähle von Nahrungsmitteln.

Der 18-jährige Arbeiter Paul Kubicki ist vor früher einmal in einer Judentwarenfabrik auf der Artilleriestraße beschäftigt und beschlagnahmt dort Vorkassentische. In der Nacht zum 20. Mai stieg er dort ein und stahl zwei Eimer Marmelade und gegen 75 Pfund Zucker. Mit einem gewissen Müller, der jetzt beim Militär dient, und dem mitangefangenen Arbeiter M. Urban konnte er die Nacht zum 30. Mai in eine Weißbrotfabrik in Dresden ein. Sie stahlen dort 30 Pfund Brot, die sie zum größten Teil an den Käufer Arno Will Mohr für 3 M. das Stück verkauften. Einen weiteren Diebstahl verübte K. in der Nacht zum 4. Juni in derselben Weißbrotfabrik. Diesmal war er nur mit Müller zusammen, und die Beute betrug 50 Brote. Mohr kaufte davon 40 Stück, die er wieder weiter absetzte. Auch von dem gestohlenen Zucker und der Marmelade war Mohr zum Teil Konsument. Das Reichsgericht beurteilte K. wegen desselben Vergehens zu 3 Monaten und K. wegen Hehlerlei zu 4 Monaten Gefängnis.

Neue Kohlenpreiserhöhung.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündel will in einer Zechenbesitzerversammlung die Kohlenpreise erhöhen. Es wird behauptet, daß die Zechen bei den geltenden Inlandspreisen mit Verlust arbeiten müßten, wenn nicht das Auslands-geschäft Ersatz böte. Die Inkosten stiegen aber weiter. Dagegen ist darauf zu verweisen, daß die wirklich gezahlten Preise sehr viel höher als die Richtpreise sind und die Geschäftsabschlüsse und Dividendenverteilungen ein wahrhaft glänzendes Bild von der Lage des Kohlenbergbaues geben.

Die Frage der Entlassung des Jahrgangs 1870.

Das Reich wird von amtlicher Stelle gemeldet: Die Entlassung auch nur eines Teils des Jahrgangs 1870 wird aus militärischen Gründen in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Entlassung des Jahrgangs 1870 mit seinen wenigen Monaten „so gut wie gar keine Entlassung gewesen ist“, widerspricht den Tatsachen.

Um unberechtigte Dienstleistungen zu verhindern.

Die bayerische Kammer hat in einem einstimmig angenommenen Antrag die Regierung ersucht, bis zu einer allgemeinen Regelung durch das Reich, die von der bayerischen Regierung beim Bundesrat aufzufordern sei, sich mit den drei bayerischen Generalkommandos ins Benehmen zu setzen, um unberechtigte Dienstleistungen zu verhindern.

Gründet. Das Reich auf dem Gebiete fähiger Hausfrauen zur Linderung des Regenwunders ist das sogenannte „Gründet“. In Leipzig soll man damit die ersten Versuche gemacht haben. Das Regebt lautet: Man nehme Erdbeeren, koch es, treibe es durch den Wolf und lege entsprechend viel zu. Das Ganze wird abgedampft und — das „gut“ können. Woher bei dem allgemeinen Mangel der entsprechenden Weisheit zu dem „Gründet“ genommen werden soll, bleibt allerdings ein Rätsel.

Das 2. Heftig Stück kommt. Infolge der Schwierigkeiten, die sich naturgemäß aus dem Rechnen mit halben Pfennigen ergeben müssen, ist die Prägung eines 2. Heftig Stückes aus noch zu bestimmenem Metall in Aussicht genommen. Mit der baldigen Einführung der neuen Münze ist zu rechnen.

behalten an, bezog eine verlassene Unterhände und suchte regelmäßig nach zu demnächstigen Stunden die Studien auf. Die Poesiewelt aber ist besonders auffällig. Ein Mann hat sich über dem Eingang zu dem Unterstand des Schreibers dieses Berichtes unter einem überhängenden Pergamenthäutlich eingerichtet, Koffelchen und Pfeifen lassen sich bei den Lagerstätten an. Als nun bei einer Unternehmung in der Morgenstimmung des 31. Mai die schwere und leichte Arbeit, die Tintenwerkzeuge und die Pflanzengewebe zu einem überhängenden Koffer einpacken, schien die gesamte Poesiewelt mit diesem Koffer weitefere zu wollen. Je toller der Kampf wurde, je selbst als schwere Koffer herantauschten und bewunderte Stände und Rauchwolken den Himmel füllten, um so lebhafter wurde die begleitende Musik der Orgel. Der Krieg bringt also die alten Gebräuche des Naturlebens, des Vogelzugs und der Lebensweise der anderen Tiere nicht ins Wanken.

Dresdner Kalender.

Theater am 28. und 29. Juli. Residenz-Theater. 28. (7 1/2) und 29. (7 1/2): Die letzte Szene. — Central-Theater. 28. ab 20. Die Frau (7 1/2).

Residenz-Theater. Am 1. August Erstaufführung der Schwäne in drei Akten Die heifere Hälfte von Franz Arnold und Ernst Bach. Die Neuheit geht abwechselnd mit Alt-Deibelberg in Szene.

Natur-Theater im Heldepark (Hallestraße Saluppe). Sonntag 5 1/2 Uhr: Der Weidenwälder, Sonntag in sieben Bildern von Ludwig Angenberger. Mittwoch 8 1/2 Uhr. Mittwoch 3 1/2 Uhr: Die drei Quakenäcker.

Das Barock-Kolleg wird am 20. August, 7 1/2 Uhr, im Gewerbehause gehalten. Das Ensemble besteht aus einer größeren Anzahl der gewählten Tänzer und Tänzerinnen aus dem Ballet der Großen Oper in Paris, an der Spitze Fräulein Valerie Stanowka, die erste Solo- und Charaktertänzerin des Ballets, sowie Herr Peter Jahnke, Soubrette bei H. Nies, Secr. 21 und H. Brauer, Musikdirektor.

Meine Mitteilungen.

Vin Prozej um das Perimeterhaus. Direktor Friedrich vom Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater in Berlin hatte mit dem Wiener

Verlag Karger einen Vertrag geschlossen, wonach die Operette Das Fremdenbrot abendlich aufzuführen ist, solange die Prustosinnnahmen an diesen aufeinanderfolgenden Tagen beständig einnahmehaft sind. Bei der Premiere wurde die Operette in Berlin über siebenhundertmal aufgeführt. Friedrich brachte nun beim Wiener Handelsgesicht eine Klage dahin ein, daß ihm gestattet werde, auch andere Werke aufzuführen, da angeführt der Vertretung aller Bedarfsartikel die Prustosinnnahme zu niedrig bemessen sei und da das Künstlerpersonal durch allfällige Darstellung derselben Rollen Schaden leide. Die Verlagsfirma war bereit, den Vertrag zu lösen, wenn Friedrich auf das alleinige Ausnahmestück für Berlin verzichte, was dieser ablehnte. Die Klage wurde abgewiesen, da der Vertrag in Kriegszeit geschlossen sei und der Kläger mit den Kriegsverhältnissen habe rechnen können. Wenn er auf seine Angeklagten Rücksicht nehmen wolle, könne er auf seine Kosten Kriegsgesellen engagieren.

Der Plan einer deutschen Seefahrtsschule wird vom Professor Zimmering von der Technischen Hochschule in Braunschweig in der Technischen Zeitschrift veröffentlicht. Eine solche Hochschule, die zugleich Unterricht und Fortbildungskursus sein soll, würde sich mit den wichtigsten Aufgaben zu befassen haben, die der deutschen Seefahrt nach dem Krieg bevorstehen. Der Kreis der Studierenden soll sich aus den künftigen Kapitänen und Offizieren der Handelsflotte zusammensetzen, für die der knapp ein Jahr dauernde Besuch der Seefahrtsschule bei der vielstündigen und verantwortungsvollen Tätigkeit des Führers unserer großen Dampfer zur theoretischen Ausbildung nicht mehr genügt; er würde aber auch für die Angehörigen der Reedereien, Werften, Reederei-Handelsräte, sowie der Küstenbehörden für den Seebienst, Kolonialbeamte und Kolonialkaufleute wichtig sein. In einer seefahrtstechnischen Abteilung müßten Schiffsoffiziere in allen Zweigen des See- und Küstenverkehrs ausgebildet werden, eine wirtschaftliche Abteilung hätte Seehandel, See- und Handelsrecht, Versicherungswesen sowie Seefracht- und Seefrachtversicherung, eine dritte Weltwirtschafts- und Handelskunde und eine vierte Schiffbau und Schiffsbau. Als Ort der Hochschule wird eine unweit großer Seehäfen, vor allem Hamburg als Sitz der Deutschen Seewarte und des Kolonialministeriums, vorgeschlagen.

Thomas Enkings Einakterflugfamilie gelangte gestern in Bad Elster durch das Brauer Hoftheater zur Aufführung. Es sind drei Kleinstadtkomödien Die Mutter, Patriarch Rahab und

Die große Stunde, in denen sich Enking in behaglicher Kleinmühsen versucht hat. Der Erfolg war stark. Nach jeder Vorstellung wurde der Lieder wiederholt herbeigerufen.

Ferdinand Hodlers Gemälde Der Staatsführer, das der Züricher Kunstgesellschaft gehört und im Züricher Kunsthaus hängt, ist aus dem Rahmen herausgerissen und entwendet worden. Es handelt sich um ein kleines Bild in der Größe von 19:24 Zentimeter, das im Jahre 1880 gemalt ist und einen Wert von 10000 Franken hat.

Der deutsche Schriftsteller Hans Fein wurde, der Morgenpost zufolge, wegen angeblich deutscher Propaganda in Kiew verhaftet.

Der Wiener Universitätsprofessor Alexander von Helldorf, an Literaturhistoriker von Ruf und Theaterkritiker der Wiener Zeitung, ist in der Nähe von Wölsstein bei Bad Gastein beim Wäldchen tödlich verunglückt. Man fand seine Leiche am Fuß des Felsens. Helldorf war Universitätsprofessor und Dozent an der Theaterhochschule für Schauspiel.

Sportartikel.

Arbeiterturnen. Siechen. 26. Juli: Tagelanz nach der Schwitz. Abfahrt früh 5.21 vom Pieschauer Bahnhof nach Pieschauer Wehlen.

Briefkasten.

Kustanz. Eine Verfügung über Kustanzlich von Unteroffizieren, die seit 1914 im Felde stehen, besteht nicht. Ueber den Kustanzlich von Unteroffizieren und Mannschaften, die länger als 18 Monate in Kriegsgefangenschaft sind, werden zwischen der deutschen und der französischen und englischen Regierung Vereinbarungen auf Konferenzen in der Schweiz und in Holland getroffen. Die Verhandlungen begonnen. Wodurch werden ca. 1000 Gefangene gegenseitig ausgetauscht. Die aus England und Frankreich ausgetauschten Unteroffiziere und Mannschaften dürfen nicht mehr an der Front oder in der Gasse verwendet werden. Die näheren Bestimmungen haben Sie in der Volkszeitung vom 17. Mai 1918.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Gschl, Briesnitz. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Gschl, Dresden-Striesen. — Druck und Verlag: Raben & Komp., Dresden.

Stadtkinder aufs Land! Stadtkinder zogen in alle Welt, Sechstausend jen Osten und Westen! Ihr Kinderfreunde, nun spendet Geld! Denn groß sind auch die Kosten! Freundschaft zugedachte Spenden nehmen die sämtlichen städtischen Kasernenstellen, die hiesigen Banken und eine Anzahl durch Auszug eines Maklers kennlich gemachte Geschäfte entgegen. Der Ortsausschuß Dresden Stadtkinder aufs Land 1918 Stadtrat Müller.

Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1917/18. In Abänderung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917 über die Brot- und Mehlversorgung des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung im Erntejahr 1917/18 und der hierzu erlassenen Nachtragsbekanntmachung vom 4. Juni 1918 wird für das Gebiet der Stadt Dresden und der Königl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altfeld und Dresden-Neustadt bestimmt: Artikel I. § 23 Absatz 1 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt: § 23 Absatz 1. Mehl darf an Bäcker, Händler und ihnen gleichartige Betriebe nur gegen Mehlbezugscheine abgegeben werden. Die Inhaber dieser Betriebe haben, wenn sie Mehl erwerben wollen, dies den Mehlbesitzern der königlichen Amtshauptmannschaften — in Dresden: Altfeld Amtshauptmannschaft I. II. Obergericht, Zimmer 17, in Dresden-Neustadt Hauptstraße 5, I. Obergericht, Zimmer 27, — in Dresden dem zuständigen Mehlbezirk anzuzeigen, und die gegen Ware erworbenen Brotkarten und Mehlbezugscheine hierbei abzuliefern. Die Ablieferung der Brotkarten und Mehlbezugscheine in der Stadt Dresden hat an die zuständigen Mehlbezirke spätestens am zweiten Werktag nach Ablauf ihrer Gültigkeit zu erfolgen. Im Stadtgebiet Dresden haben die zuständigen Mehlbezirke später abgelieferte Brotkarten und Mehlbezugscheine ohne Zustimmung von Mehl einzuziehen. In den Bezirken der königlichen Amtshauptmannschaften kann die Ablieferung der Brotkarten und Mehlbezugscheine an die Mehlbezirke auch später erfolgen. Die Mehlbezirke der königlichen Amtshauptmannschaften — in Dresden der Mehlbezirk — prüfen und bescheinigen die Höhe des durch Brotkarten und Mehlbezugscheine nachgewiesenen Bedarfs. Artikel II. Artikel I tritt am 4. August 1918 in Kraft. Inwiderhandlungen werden nach § 44 der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917 über die Brot- und Mehlversorgung des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung im Erntejahr 1917/18 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1917 bestraft. Dresden, am 27. Juli 1918. Der Rat zu Dresden. Die Königl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altfeld und Dresden-Neustadt.

Haushaltungsliste zur Nahrungsmittelversorgung. Die Ausgabe der Brots, Kartoffel-, Fleisch-, Lebensmittelkarten usw. erfolgt nur bei Auf Grund der Haushaltungsliste, die im April 1917 nach dem Stande vom 26. April 1917 zu erstellt worden ist. Inzwischen sind in vielen Haushaltungen so wesentliche Veränderungen eingetreten, daß die Aufstellung neuer Haushaltungslisten notwendig wird. Die Vorarbeiten hierzu werden von den Vertrauenspersonen für die Lebensmittelkartenausgabe bei der Kartenausgabe für die am 4. August 1918 beginnende Lebensmittelkartenausgabe mit ausgegeben werden. Es ist für jeden Haushalt, sowie jeden Untermieter und jede Dienstperson eine besondere Liste auszufüllen und zwar nach dem Stande vom 15. August 1918. Der Haushaltungsvorstand hat die Richtigkeit der Angaben unterschrieben zu bescheinigen und die Liste sodann dem Hauswart oder dessen Stellvertreter vorzulegen, von dem das Vorhandensein der in die Liste eingetragenen Personen durch Unterschrift zu bescheinigen ist. Die so ausgefüllte und bescheinigte Liste ist vom Haushaltungsvorstand am 17. oder 19. August 1918 unter Vorlegung des Einwohnermeldebescheinigung der Vertrauensperson für die Lebensmittelkartenausgabe zurückzugeben. In Dresden wohnhafte Personen, die nach Maßgabe ihres Einkommens Anspruch auf die gelbe Lebensmittelkarte erheben, haben bei der Rückgabe der Haushaltungsliste den Staatseinkommensteuerzettel auf das Jahr 1918 mit vorzulegen.

Ausgabe von Haushaltungskarten. In der künftigen Lebensmittelversorgung kann nur derjenige teilnehmen, der die Haushaltungskarte ordnungsgemäß ausgefüllt und bescheinigt zurückgegeben hat. Jede im Laufe der Zeit im Haushalte durch Verzug, Todesfall, Aufnahme in eine Anstalt usw. eintretende Veränderung ist unentgeltlich dem Gemeindevorstand bzw. der Vertrauensperson für die Lebensmittelkartenausgabe anzuzeigen. Strafvorschriften. Wer die Haushaltungskarte nicht wahrheitsgemäß ausfüllt oder den vorstehenden Anordnungen nicht nachkommt oder sie zu verhindern sucht, wird nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 20. Mai 1918 und § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. Dresden, am 27. Juli 1918. Der Rat zu Dresden. Die Königl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altfeld und Dresden-Neustadt.

Die gelbe Haushaltungskarte A, die graue Haushaltungskarte B. Die Haushaltungskarten bestehen wiederum aus dem Stammschnitt und dem sechs Abschnitten I, II, III, IV, V und VI. Sie gelten auf unbestimmte Zeit und sind nicht übertragbar. Auf dem Stammschnitt hat der Haushaltungsvorstand seinen Namen und seine Wohnung an der hierfür vorgesehenen Stelle einzutragen. § 2. Von den in Dresden verorgungsberechtigten Personen erhalten: a) Eine gelbe Haushaltungskarte A alle Haushaltungen von 1 bis 4 Personen, b) eine gelbe Haushaltungskarte A und eine graue Haushaltungskarte B alle Haushaltungen von 5 und mehr Personen. Einzelnlebende Personen ohne selbständigen Haushalt erhalten keine Haushaltungskarte. Untermieter gelten nicht als Haushaltungsangehörige. Dienstboten und vom Haushaltungsvorstand selbst beschäftigtes Personal sind den Haushaltungsangehörigen anzurechnen. Internate, Pensionate, Heilliche Anstalten und dergleichen erhalten für je vier Personen eine Haushaltungskarte A. Bei der Teilung der vorhandenen Personenzahl durch vier verschiedene Etagen bleiben unberücksichtigt. Kranenhäuser und Kliniken erhalten in diesem Umfange die Haushaltungskarten nur für das ihnen zu beschäftigende Personal, nicht aber für die von ihnen zu versorgenden Kranken, da sie insoweit besonders bedacht werden. § 3. Neu zuziehende oder neu gegründete Haushaltungen erhalten die Haushaltungskarte nach Abtrennung derjenigen Abschnitte, die am Tage der Kartenausgabe bereits zur Belieferung ausgehrieben sind. Wegziehende Haushaltungen haben die Haushaltungskarte mit den noch unbelieferten Abschnitten an die Kartenausgabestelle zurückzugeben. § 4. Die auf die Abschnitte I bis VI der Haushaltungskarten zur Verteilung kommenden Nahrungsmittel werden jeweils besonders bekanntgemacht. Dresden, am 27. Juli 1918. Der Rat zu Dresden.

Praktischer Wegweiser u. empfehlenswerte Geschäfte. Dresden Hofbrauhaus - Biere. Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät u. Heimkehr. Automat. Dresdner Labors. Dresden-Übiger Rudolf Eichler. Hecker's Sohn. Spalteholz & Bley. Franz Schaal. Nicolai-Drogerie. Woll- und Wollwaren. Fischechen Emil Bähr. Wollwaren. Robert Paschke. Uhren und Goldwaren. Heizer, Richter. Dippoldswalde. Dresden-Striesen. Dresden-Labors. Dresden-Übiger. Hecker's Sohn. Spalteholz & Bley. Franz Schaal. Nicolai-Drogerie. Woll- und Wollwaren. Fischechen Emil Bähr. Wollwaren. Robert Paschke. Uhren und Goldwaren. Heizer, Richter. Dippoldswalde. Dresden-Striesen. Dresden-Labors. Dresden-Übiger.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180727/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG